



BLICKPUNKT BILDUNG *DLH*



Gewerkschaft für Schule und Bildung im dbb



Inhalt

Schule und Schulpolitik

Die Vorschläge der G8-Gruppe sind diskussionswürdig	3
Der Sinkflug der dualen Berufsausbildung erfordert ein gezieltes Gegensteuern	5
Vorschulklassen	6
Schulformwechsler	6
Anhörung zu G8/9	7
Ideologie und Schulpolitik	7

AdJ - Junglehrer/innen im DLH

Im VBE	
Handreichungen	9

Aktuelle Themen

Die GPR-Wahl 2014	10
Die Mitgliederversammlung des Fachbereiches G-St-So	10
Deutscher Lehrertag 2014	10
Deutscher Schulleiterkongress	11
Reif für die Kompetenzklasse?	12

Recht und Besoldung

Leistungen des DLH	13
--------------------	----

Arbeitskreis IT

Vorstellung der neuen Aufgaben	13
--------------------------------	----

Aus unserer Geschäftsstelle

Unterstützung für neue Personalräte und Mitgliederversammlung 2014	13
--	----

Besprechungen

1914 – Erinnerungen ...	13
-------------------------	----

Personalialia

Wir gratulieren und wir gedenken	14
Würdigung von Dr. Eckinger	14

DL-Humor

Der Burj Scholz	15
-----------------	----

Jetzt staatliche Förderung sichern

15

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



ereignis- und arbeitsreiche Wochen in der Gewerkschaftsarbeit liegen hinter uns. Zunächst gab es die breite Diskussion über das richtige Erlernen der Rechtschreibung und Lesekompetenz in der Grundschule, die dieser Tage in der Veröffentlichung der Behörde zum Grundwortschatz der zu erlernenden Wörter mündete. Nachdem sich der Vorstand in langen Diskussionen zum Thema fachkundig gemacht hatte, ergab sich, dass wohl niemandem die Unterrichtsmethode vorgeschrieben werden sollte; wichtig ist, dass die Unterrichtenden mit der gewählten Methode authentisch sind und die Schüler ans Ziel geführt werden: richtiges Schreiben und sinnentnehmendes Lesen. Wissenschaftlich geht der Weg offensichtlich dahin, dass nicht „Lesen durch Schreiben“ sondern „Schreiben durch Lesen“ der bessere Weg ist. Mit dieser Meinung gingen wir in die verschiedenen Diskussionsveranstaltungen der Parteien. Das Thema ist sicher noch nicht abgeschlossen, denn parallel wird ganz allgemein über den Umgang mit den verschiedenen Lerngeschwindigkeiten der Schüler und Schülerinnen in der Grundschule und die Verbindlichkeit von Förderangeboten für Lernschwache diskutiert. Bei der VSK-Debatte (s. Artikel in dieser Zeitung) geht es nicht nur darum, wer von welcher Vorschulklasse in welche Grundschule wechseln darf, sondern auch darum, ob man für Schüler mit Entwicklungsdefiziten Vorschulangebote verbindlich machen sollte, was der DLH im Sinne von Chancengleichheit befürwortet.

Bei den Personalratswahlen gab es teilweise interessante Verschiebungen im Wählerverhalten, die wir im Vorstand gerade analysieren. An vielen Stadtteilschulen konnte der DLH zulegen, in anderen Bereichen eher nicht. Insgesamt hat der DLH seine Position aber behaupten können und ich danke allen Wählerinnen und Wählern für Ihr Vertrauen. Allerdings wurde nach der Wahl an den Vorstand herangetragen, dass wir in unseren Wahlveröffentlichungen zu wenig über Grundschulthemen geschrieben hätten, bei späterer Durchsicht ist uns das dann auch aufgefallen und wir bedauern das. Allen Grundschulkolleginnen und -kollegen sei an dieser Stelle

versichert, dass wir Ihre Belange (s. o.) gleichwohl stets im Auge haben.

Die aktuelle Debatte um G8/G9 und die hohe Zahl der Abschlüssen von Gymnasien an Stadtteilschulen nach Klasse 6 ist nicht nur eine Diskussion um Gymnasien, sondern eine Diskussion über unser Schulsystem in Hamburg allgemein. Erfreulich ist, dass die Stimme des DLH in dieser Diskussion Gehör findet. Eine Delegation des DLH war zum Gedankenaustausch beim Senator eingeladen, ich selbst bin im Schulausschuss der Bürgerschaft als „Experte“ gehört worden und in der letzten Sendung von „Schalthoff live“ auf Hamburg 1, in der ich Gast war und die immer noch im Internet anzusehen ist (<http://www.hamburg1.de/sendungen/SchalthoffLive/archiv.html>), war unsere Meinung zur hohen Zahl der Abschlüssen von Gymnasien gefragt.

Den Stellungnahmen ist eine offene Diskussion in den Gremien des DLH vorangegangen. Dabei hat sich gezeigt, dass diejenigen, die einer Wiedereinführung von G9 einen gewissen Reiz abgewinnen, im Wesentlichen mehr Ruhe in ihrer Arbeit wünschen, was ja bei dem organisatorischen Durcheinander um Zentralabitur, Veränderung der Prüfungsordnungen im Jahrestakt und die Verlegung der Prüfungszeiten ohne Weiteres nachvollziehbar ist. Durchgesetzt hat sich schließlich die Position im DLH, dass G8 bestehen bleiben muss, da der Zustrom zu den Gymnasien sonst noch größer würde, was den Gymnasien die Erfüllung ihres Auftrages, auf das Studium vorzubereiten, unmöglich machen und die Existenz der Stadtteilschulen wegen Schülermangels nachhaltig gefährden würde. Das wäre ein Schritt in Richtung Einheitsschule – und den geht der DLH als Verfechter von größtmöglicher Vielfalt im Bildungswesen nicht mit. Vertieftes Lernen – von allen Verfechtern von G9 als Argument vorgebracht – findet am Gymnasium nicht wegen der fehlenden Zeit immer weniger statt, sondern weil von der zur Verfügung stehenden Zeit (Lehrerarbeitszeit und Unterrichtszeit) immer mehr für die Betreuung von Schülern und Schülerinnen aufgewendet werden muss, die das Gymnasium irgendwann ohne Abitur wieder verlassen. Außerdem muss die Frage nach der Sinnhaftigkeit erlaubt sein, wenn durch die Politik ein immer höherer Abiturientenanteil an einem Jahrgang gefordert wird und gleichzeitig der Anteil der

Abiturienten, die später erfolgreich ein Studium absolvieren, im gleichen Maße zurückgeht. Mir scheint es unter diesem Aspekt sinnvoll, statt auf eine Einheitschule hinzuarbeiten, tragfähige Alternativen zu entwickeln und diese angemessen auszustatten. Dann erledigt sich der Run auf die Gymnasien von ganz allein. Konkret bedeutet das: Die zurzeit wichtigste Aufgabe muss es sein, die neuen Stadtteilschulen im Bewusstsein der Bevölkerung als Alternative zum Besuch des Gymnasiums so zu verankern, wie es den alten Gesamtschulen durch jahrelange Arbeit gelungen war. Diese waren deshalb so erfolgreich, weil die praktizierten Konzepte personell und finanziell gut ausgestattet waren. Fand z.B. früher ein Run (sogar z. T. mit Auswahlverfahren) auf Integrationsklassen und integrative Regelklassen an Gesamtschulen statt, ist die Inklusion mit ihrer viel schlechteren Ausstattung heute ein Argument für die Flucht von der Stadtteilschule – mangels Alternativen natürlich hin zum Gymnasium. Wenn man an der falschen Stelle spart, muss man sich nicht wundern, wenn Eltern und Schüler der Schulform den Rücken kehren. Daraus resultiert unsere diesbezügliche bildungspolitische Forderung, alle Inklusionsklassen an Stadtteilschulen wieder so auszustatten, wie früher die I-Klassen!



Die Stadtteilschulen: Ausstattung und Kurs müssen stimmen!

Außerdem sollte darüber nachgedacht werden, an Stadtteilschulen über äußere Differenzierung verschieden schnelle Wege zu den Schulabschlüssen anzubieten (dazu gehört auch die Wiedereinführung aufbaugymnasialer Züge an Stadtteilschulen). Da alles an einer Schulform stattfindet, könnten bei größtmöglicher Durchlässigkeit Abschlussorientierung und Inklusion gleichzeitig praktiziert werden. Mit einer Vielfältigkeit der Bildungswege – integrierte und differenzierte nebeneinander! – hätten viele Stadtteilschulen wirklich die Möglichkeit, sich gegenüber Gymnasien zu profilieren und ihre Akzeptanz zu erhöhen. Für die integrierten Wege könnten die alten Gesamtschulen als Blaupause dienen. Gleichzeitig muss die Beratung von Schülern und Eltern über die Schullaufbahn verbessert werden. Die Abschaffung des 2. Lernentwicklungsgesprächs war nur unter dem Aspekt der Reduzierung der Belastung der Lehrkräfte richtig. Für die Schüler und Schülerinnen war sie jedoch kontraproduktiv. Unsere gewerkschaftliche Forderung geht deshalb dahin, Beratungstätigkeiten im Arbeitszeitkonto zu berücksichtigen und nicht von Seiten der Behörde und der Schulleitungen immer so zu tun, als seien sie schon in den Faktoren für Unterricht enthalten.

Die Gymnasien aber können und sollen nicht zum Reparaturbetrieb für die unzureichenden Ausstattungen an Stadtteilschulen werden. Sie hatten und haben einen klaren Bildungsauftrag, bei dessen Wahrnehmung es ihnen unter Umständen helfen könnte, wenn, nachdem „Fördern statt Wiederholen“ nicht den gewünschten Erfolg bringt, die Jahrgangswiederholung als eine weitere Maßnahme wieder zulässig

wird, statt die Schüler gleich abzuschulen. Es muss Eltern bei der Wahl der Schulform aber klar sein, dass es am Gymnasium nur einen Weg gibt und dass ihr Kind das Gymnasium ggf. wieder verlassen muss, wenn es diesen Weg nicht mitgehen kann. Das ist Teil des gymnasialen Profils und macht zum guten Teil die Attraktivität dieser Schulform bei Eltern aus. Würde davon abgewichen, würde es die Gymnasien schwächen und dem offensichtlichen Elternwillen nicht entsprechen. Zu der Forderung, die Gymnasien sollten sich mehr an der Inklusion beteiligen, lässt sich feststellen, dass viele Schüler mit Handicaps das Gymnasium erfolgreich besuchen, solange sie dem Unterricht folgen können. Dazu gehören selbstverständlich auch Schülerinnen und Schüler mit sozialen Defiziten. Für lernzieldifferenten Unterricht fehlen den Gymnasien die Ressourcen, und es bleibt die Frage, ob die Aufbewahrung eines Schülers am Gymnasium, der nie das Ziel Abitur erreichen wird, weil er dem Unterricht nicht folgen kann, nicht eigentlich Exklusion ist. Das wollen wir jedenfalls nicht.

Wenn die von uns vorgeschlagenen strukturellen und Entwicklungsmaßnahmen greifen, besteht auch keine Notwendigkeit, dass die Gymnasien sich mit Zugangsprüfungen gegen den Zustrom abschotten. Der Elternwille bei der Schulwahl könnte unangetastet bleiben, da es genügend verschiedene nebeneinander bestehende attraktive Bildungswege gäbe.

Es grüßt Sie wie immer herzlich
Helge Pepperling
Vorsitzender des DLH

Schule und Schulpolitik

Die Vorschläge der G8-Gruppe



Monatelang geisterten die Forderungen der G9-Initiative durch die Presse, weil es diesen Verfechtern gut gelang, auf sich aufmerksam zu machen. In der Presse war kaum Kritik an ihren Forderungen zu lesen, obwohl die Initiative sich keine Mühe machte, die Kosten ihrer Vorschläge auch nur annähernd zu kalkulieren oder die unangenehmen Konsequenzen zu thematisieren. Und sachlich untermauern mit nachvollziehbaren Belegen konnten sie ihre Thesen auch nicht.

In diesem Frühjahr kam endlich **Genwind** auf. Die Eltern-, Lehrer- und Schülerkammer lehnten die Rückkehr zum G9 unisono ab, der Verband der Schulleiter an den Gymnasien sprach sich gegen die Rückkehr zum alten Schulsystem aus, Elternräte warnten vor einer „Rolle rückwärts“ und Mitte Mai meldete sich der frühere Hamburger Wissenschaftssenator, Jörg Dräger, mit kritischen Worten zu dieser Rolle rückwärts zu Wort. Schon vorher bildete sich eine Elterninitiative für die Beibehaltung des G8 und StS9. Offiziell heißt die Gruppe „Schulfrieden wahren: Keine neuen Reformen“, in diesem Arti-

kel G8-Gruppe genannt.

Besonders wohltuend empfand ich den Stil dieser Gruppe. Sie forderten nicht, sondern gaben zu bedenken, und argumentierten nicht einseitig, sondern auch kritisch die momentane Lage des Schulwesens in Hamburg.

Besondere Aufmerksamkeit dürften die Gedanken zur **Begrenzung des Zugangs** zum Gymnasium haben. Die Einschränkung des freien Elternwahlrechts nach Klasse 4 galt und gilt bei politischen Parteien bisher als tabu, getreu dem Motto: Mit der richtigen Schulpolitik kann man keine Wahl gewinnen, aber mit der falschen eine verlieren.

Nun ist diese Elterngruppe keine Partei und hat daher mehr Freiheiten, die sie jetzt sinnvoll nutzen. Gedankenverbote gibt es hier nicht. Darum haben sie in Ruhe angesehen, was passiert (wie in den letzten Jahren), wenn immer mehr **nicht** für Gymnasium (G8) empfohlene Schüler von ihren Eltern dennoch bei der Schulform angemeldet werden, die das „Turboabitur“ anstrebt: Hunderte Schüler ohne Gymnasialempfehlung sind zuerst überfordert und fluten dann nach der 6. Klasse zurück in die Stadtteilschulen. Und das ist ein Problem für alle Seiten.

Zum einen haben diese wenig erfolgreichen Kinder zwei Jahre lang am Gymnasium gelitten, weil ihnen immer wieder Misserfolge bescheinigt wurden, zum anderen müssen die Stadtteilschulen beim Übergang zur 7. Klasse so viele „gescheiterte“ Schüler aufnehmen, dass an manchen Standorten reine Auffangklassen gebildet wurden, die bekanntlich schwer zu führen sind.

Um dies zu vermeiden, könnte man „**Aufnahmekriterien**“ einführen, so schlägt die G8-Gruppe vor, was letztendlich auf die Einschränkung des Elternwahlrechts hinausläufe. Es könnte z.B. eine Notenschwelle eingeführt werden (wie an anderen Stellen des Hamburger Schulsystems auch) oder die Gymnasialempfehlung der Grundschule müsste ein stärkeres Gewicht bekommen.

Mein persönlicher Vorschlag: Alle Viertklässler, die von ihrer Grundschule keine Gymnasialempfehlung erhalten haben, könnten in einer einwöchigen Prüfungsphase nachweisen, dass sie entgegen der Einschätzung ihrer Grundschullehrerinnen doch das Zeug haben, den Anforderungen des Gymnasiums zu genügen. Auf diese Weise würden solche Schüler eine Chance bekommen, deren schwache Leistungen in der 4. Klasse auf zwischenmenschliche Probleme zurückzuführen sind (entweder mit Mitschülern oder Lehrerinnen).

Schwer abzuschätzen ist, wie viele Viertklässler sich in diese **Prüfungsphase** begeben würden. Man wüsste bei dieser Methode zwar aus dem Vorjahr, wie viele Schüler zum Gymnasium wollten (bzw. aus der Sicht der Eltern sollten), aber keine Empfehlung bekommen haben, aber man kann nicht vorhersagen, wie viele Kinder bzw. deren Eltern sich von der Prüfungswoche abschrecken lassen würden und lieber den leichteren Weg, also die Anmeldung auf eine Stadtteilschule, gehen würden.

Diese **Zugangsbegrenzung**, so wäre die Hoffnung, würde den „Rückfluss“ der Schüler nach der 6. Klasse vom Gymnasium zur Stadtteilschule signifikant verringern und damit weniger Folgeprobleme verursachen.

Die G8-Gruppe schlägt auch vor, die Bildungspläne besser aufeinander abzustimmen, damit doch zwischen der 6. und 10. Klasse vom Gymnasium auf die Stadtteilschule gewechselt werden könnte.

Ich würde dafür plädieren, einen weiteren Übergang zuzulassen, nämlich nach der 8. Klasse. Eine fortwährende Rückstufung, wie damals, sogar mitten im Schuljahr, sollte auf keinen Fall wieder praktiziert werden.

Der Vorschlag der G8-Gruppe, für die Mittelstufe die Stundenanzahl pro Tag auf 7 bzw. am Freitag auf 6 Stunden zu begrenzen, ist zu begrüßen, ich kann aber nicht absehen, ob die Einhaltung dieser Regel an anderen Stellen des Gymnasiums zu unerwünschten Konsequenzen führen würde.

Die **Begrenzung** der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf **zwei Schüler pro Klasse** (statt wie jetzt auf vier), würde in einigen Klassen den Unterricht erleichtern. Sie hat aber eine unangenehme Konsequenz: Viele förderbedürftige Schüler müssten längere Schulwege in Kauf nehmen, also vermehrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer weit(er) entfernt liegenden Schule fahren, besonders in KESS-1 und -2-Gebieten, weil es dort bei dieser Regelung mehr förderbedürftige Schüler geben würde als „Förderplätze“ in den Klassen der naheliegenden Schulen vorhanden sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vorschläge der G8-Gruppe **bedenkenswert** sind und es sollte ausgelotet werden, ob es in der Hamburger Bürgerschaft Mehrheiten für den einen oder anderen Vorschlag gibt, und sei es nur für eine Probephase in einer Region. Sollte es sich dort bewährt haben, könnte eine Ausweitung auf ganz Hamburg folgen.

Zum Schluss noch ein **finanzielles Argument** für die G8-Gruppe:

Die Umstellung auf G9-Gymnasien kostet je nach dem Anteil der zu erwartenden G9- statt G8-Schülern einen zweistelligen Millionenbetrag. Diesen Betrag wird der Schulsenator nicht auch noch zusätzlich bewilligt bekommen, weil der Schuletat im Wesentlichen von Sparzwängen bei diesem Se-

nat bisher verschont geblieben war. Es müssten also teilweise wieder Gelder umgeschichtet werden. Die Frage wäre nun, zu welchen Lasten?

Meine These: Es wird auch die Inklusion darunter leiden. Nachdem ich am Abend des 18. Mai die Diskussion unter Günter Jauch im Fernsehen gesehen habe, ist mir noch einmal deutlich geworden, dass **auch in Hamburg die Inklusion nur dann gelingen kann, wenn das Konzept umgestellt und zusätzlich finanziell unterfüttert wird.** Und das heißt für mich klipp und klar: Keine Umstellung der Gymnasien auf G9.

Nachschlag:

Nach Beendigung dieses Artikels erschien am 2.6. im Hamburger Abendblatt die Antwort des Senats auf die Anfrage der Abgeordneten der Linken, Dora Heyenn, in der Bürgerschaft. Darin bestätigt sich meine Annahme, dass die meisten Schüler das Gymnasium am Ende der 6. bzw. 10. Klasse verlassen. Zusätzlich wird in Wohngebieten mit niedrigem Sozialindex die Lage verschärft, weil hier bis zu 58% der beim Gymnasium in der 5. Klasse startenden Schüler diese Schulform in den nächsten 6 Jahren verlassen.

Die Frage der Kommentatorin auf Seite zwei – Warum melden in den sozial schwachen Gebieten so viele Eltern ihre nicht empfohlenen Kinder dennoch an einem Gymnasium an? - ist berechtigt und sollte beleuchtet werden.

Lassen Sie mich mit einem medizinischen Vergleich beginnen. Vor einigen Wochen wurde berichtet, dass immer mehr Hamburger statt zum Arzt mit ihrem Krankheiten in den Notfallaufnahmen der Krankenhäuser auflaufen. Warum ist das so? Weil viele gesetzlich Versicherte wochenlang auf einen Termin beim Facharzt warten müssen.

Auf die Schule übertragen: Warum melden also viele Eltern in den sozial schwachen Gebieten ihre nicht empfohlenen Kinder beim Gymnasium an? Natürlich nicht, weil sie wochenlang auf eine Zusage an einer Stadtteilschule warten müssen, sondern weil die Zusammensetzung der Schülerschaft an vielen Stadtteilschulen ihres Wohngebietes so schwierig ist, dass sie ihr eigenes Kind davor schützen wollen. Wer den Eltern noch intensivere Beratung empfiehlt, wird ohne eine Verbesserung der Lage an den Stadtteilschulen diese Eltern nicht überzeugen können. Daher empfehle ich eine Prüfung für nicht empfohlene Kinder, damit der Zustrom von nicht empfohlenen Kindern an die

Gymnasien nachhaltig gebremst wird. Das wird den Stadtteilschulen helfen, sowohl von Anfang an als auch bei der Rückläuferproblematik, und den Kindern gut tun (weniger Misserfolge), bei den Gymnasien die Fluktuation verringern und bei ihnen Zeit und

Kraft freisetzen, um diejenigen Schüler besser zu fördern, die nach der 6. Klasse bei ihnen bleiben. Denn an dieser Förderung mangelt es bei einigen Gymnasien. In diesem Punkt sollte sich jeder ideologisch Unabhängige hinter die Einschätzung von Dora

Heyenn stellen. Aber – das sei zum Schluss noch einmal betont – dieser Vorschlag baut auch darauf, dass den Stadtteilschulen der Wohnbezirke in Brennpunkten geholfen wird.

Plomi

Gegensteuern!



Der letzte Berufsbildungsbericht verdeutlicht sehr eindrucksvoll, dass sich die berufliche Bildung im Sinkflug befindet.

Trotz der vorübergehend gestiegenen Zahl der Schulabgänger und trotz guter konjunktureller Lage sank 2013 die Zahl der neu abgeschlossenen dualen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr (2012) um 3,7 Prozent. Außerdem wurden 16,3 Prozent weniger außerbetriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Auf der Nachfragerseite stieg die Zahl der Bewerber, denen der Einstieg in eine berufliche Ausbildung nicht unmittelbar gelang, um 34,5 Prozent (+ 21.000). Und auch bei denjenigen, die sich 2013 mangels Ausbildungsplatz in alternativen beruflichen Bildungsmaßnahmen befanden und parallel dazu mithilfe der Bundesanstalt für Arbeit eine Vermittlung in eine duale Berufsausbildung anstrebten, war ein deutlicher Zuwachs von 62.500 Bewerbern (+ 3,6%) feststellbar. Selbst in der wirtschaftlich prosperierenden Metropole Hamburg beginnen zum Schuljahresende 2014 nur rund ein Viertel aller Schulabgänger eine berufliche Erstausbildung.

Hinsichtlich der Angebotsseite registrierte die Bundesanstalt für Arbeit einen neuen Höchststand für unbesetzte Berufsausbildungsstellen. Sie haben sich seit 2009 von 17.300 auf 33.500 Stellen im Jahr 2013 fast verdoppelt! Erstmals konnten 40 Prozent der Unternehmen ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen.

Angebot und Nachfrage in der beruflichen Bildung lassen sich folglich immer schwerer in Übereinstimmung bringen. Ursächlich dafür sind zwei wesentliche Problembereiche:

- Die immer noch bedrückend hohe Jugendarbeitslosigkeit ist auf regionale Angebotsdefizite an betrieblichen Ausbildungsplätzen und zunehmend

auf Matchingprobleme zurückzuführen. Eine stetig steigende Zahl von Schulabgängern erfüllt nicht die von den Arbeitgebern geforderten Qualifikationsanforderungen.

- Einer der wesentlichen Ursachen für den gesellschaftlichen Megatrend zur Akademisierung der beruflichen Bildung ist der Attraktivitätsverlust der dualen Berufsausbildung. Derzeit entscheiden sich annähernd 50 Prozent eines Jahrgangs für ein Studium. Den rund zwei Millionen Auszubildenden (Tendenz sinkend) stehen circa 2,6 Mio. Studenten gegenüber (Tendenz steigend).

Die Folgewirkungen dieser Entwicklung sind besorgniserregend:

- Den Hochschulen droht nach Meinung der Hochschulrektorenkonferenz wegen Überfüllung der Kollaps. Angesichts ihrer chronischen Unterfinanzierung erscheinen unpopuläre Anpassungsmaßnahmen (z. B. mehr Numerus-clausus-Fächer, rigidere Notenhürden und Wiedereinführung von Studiengebühren) unumgänglich.

- Die Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten werden sich vor dem Hintergrund der rasanten demografischen Entwicklung vergrößern. Wenn von der abnehmenden Zahl junger Leute immer mehr oder auch nur ein gleich bleibender Prozentsatz studieren möchte, sinkt die Zahl derjenigen, die eine Berufsausbildung anstreben. Absehbar ist deshalb, dass es zukünftig in vielen Berufsfeldern einen Mangel an Fachkräften mit dualer Berufsausbildung geben wird. Ihm steht dann ein Überangebot von Akademikern gegenüber, das sich auf der Suche nach Beschäftigung notgedrungen auch um solche Stellen bewerben wird, die bis dato üblicherweise von Arbeitnehmern mit dualer Berufsausbildung besetzt waren. Dieser Verdrängungsprozess wiederum befeuert den Attraktivitätsverlust der grundständigen Berufsausbildung

ebenso wie der forcierte Ausbau dualer Studiengänge.

Vieles deutet also darauf hin, dass das Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung zum Auslaufmodell mutiert. Ein Gegensteuern ist deshalb dringend geboten – und zwar im Interesse der Schulabgänger und der Unternehmen, die dringend Fachkräfte suchen, sowie im bildungsökonomischen Interesse der Gesellschaft an einer effizienten Nutzung der Ressource Wissen.

Das beginnt mit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zum ausgewogenen Verhältnis von dualer und akademischer Berufsbildung. In diesem Zusammenhang gilt es u. a. mit dem weit verbreiteten Vorurteil aufzuräumen, nach dem Hochschulabsolventen generell besser verdienen und ein geringeres Arbeitsloskeitsrisiko besitzen als Beschäftigte mit dualer Erstausbildung (und anschließender Aufstiegsfortbildung). Dass das längst nicht immer der Fall ist, lässt sich an Beispielen von studierten Betriebswirten, (Innen-)architekten und Sozialwissenschaftlern verdeutlichen.

Es geht weiter mit einer verbesserten Berufsorientierung in den Allgemeinbildenden Schulen, in der neben den Vorteilen eines Studiums auch die der dualen Berufsausbildung mit ihren vielfältigen Anschluss- und Aufstiegsmöglichkeiten thematisiert werden. In diesem Kontext sind in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess die in den Sekundarstufen und im Übergangssystem stattfindenden Betriebspraktika ganzheitlich und handlungsorientiert auszurichten. Anzustreben ist eine nachhaltige partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen, in der beide Seiten die Verantwortung dafür übernehmen, dass kein Jugendlicher die Schule abbricht und ihm der Übergang in das Beschäftigungssystem misslingt. Dazu ist es u. a. notwendig, dass sich die Praktikumsbetriebe zu gleichwertigen Lernorten entwickeln. In ihnen sollten neben den heute vorherrschenden deskriptiven Aufgabenstellungen auch

systematische Beobachtungs- und Vergleichsaufgaben sowie Strukturierungsaufgaben bearbeitet werden. Unabdingbar sind darüber hinaus Arbeitsaufträge, die zu Handlungsergebnissen führen, sowie berufsorientierende und berufsfeldspezifische Gesamtreflexionen.

Für bildungsbenachteiligte Jugendliche sollten unkonventionelle Lernwege (z. B. Produktionsschulen) ambitioniert ausgebaut werden. Inklusions- und Diversitätsaufgaben liegen nicht im alleinigen Zuständigkeitsbereich der Schulen. Sie sind im Kern gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, denen sich u. a. auch Unternehmen stellen müssen. Auch sie haben eine besondere Verantwortung zur wirksamen Förderung und dem kreativen Umgang mit Heterogenität. Aus der zielführenden Zusammenarbeit von Beruflichen Schulen, den Jugendberufsagenturen und der Bildungsketten-Initiative des BMBF ergeben sich diesbezüglich vielfältige Kooperationsmöglichkeiten mit erheblichem Erfolgspotential. Grundsätzlich mangelt es in Deutschland nicht an Finanzmitteln, sondern an der Zielgenauigkeit ihres Einsatzes.



Gute Fachkräfte werden immer gebraucht!

Dringend geboten sind zudem Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung für Schülerinnen und Schüler aus dem oberen Leistungsspektrum. Wahl- und Zusatzangebote (z. B. zu Fremdsprachen und zur Internationalisierung der Berufsausbildung) bieten sich dazu ebenso an wie die enge Verzahnung von Berufsausbildung und Aufstiegsfortbildung (z. B. zum Wirtschaftsfachwirt oder BA Groß- und Außenhandel).

Darüber hinaus sind die Angebote der beruflichen Schulen stärker noch als in der Vergangenheit stringent konsekutiv, konnektiv und kompetenzorientiert zu gestalten.

Viel Zeit verbleibt dafür nicht. Denn der Fachkräftemangel wird immer dramatischer. Erst kürzlich veröffentlichte EY (früher Ernst & Young) die Ergebnisse ihres Mittelstandsbarometers. Danach entgingen dem deutschen Mittelstand im Jahr 2013 Umsätze von hochgerechnet etwa 31 Milliarden Euro. Und durch die Rente mit 63 wird sich die Lage weiter verschlechtern. Forscher des ZEW gehen davon aus, dass allein von den 1951 und 1952 geborenen Jahrgängen rund 340.000 Beschäftigte vorzeitig in den Ruhestand gehen können.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landesverband Hamburg des VLW im **DLH** eine konzertierte Aktion zwischen Unternehmen und beruflichen Schulen zur Reduzierung des Fachkräftemangels und der Jugendarbeitslosigkeit.

Walter Plinke

VSK



Vertrauensschutz für Vorschüler/innen muss Vorrang haben!

In § 42 (7) Hamburgisches Schulgesetz ist festgelegt, nach welchen Kriterien die

Auswahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen erfolgt, an denen die Anmeldezahl die Anzahl der Plätze übersteigt. Dort heißt es: „Maßgeblich sind die geäußerten Wünsche und die Ermöglichung altersangemessener Schulwege, die gemeinsame schulische Betreuung von Geschwistern sowie der Besuch der Vorschulklasse an der angewählten Grundschule. (...)“ Das Oberverwal-

tungsgericht Hamburg hat mit Beschluss vom 17.07.2013 festgestellt, dass die Grundschulen bei der Vergabepaxis den Vorschulbesuch neben den weiteren gesetzlichen Kriterien gleichrangig im Rahmen ihrer Ermessensausübung zu berücksichtigen haben.

Die vom Senat beantragte ersatzlose Streichung des Vorschulbesuchs als Vergabekriterium aus § 42 Absatz 7 des Hamburgischen Schulgesetzes für die Aufnahme in eine erste Klasse wird dazu führen, dass zahlreiche Kinder unter Umständen innerhalb von zwei Jahren zwei Mal ihr Betreuungsumfeld wechseln müssen, zunächst von der Kita in die Vorschule und danach in eine andere Grundschule.

Dadurch entstünde die Gefahr, dass künftig viele Eltern sich gegen die Vorschule entscheiden, wenn davon auszugehen ist, dass sie keinen Platz in der ersten Klasse der von ihnen gewählten Grundschule bekommen werden. Damit wird das pädagogisch sinnvolle Konzept der Vorschule ausgehöhlt.

Der **DLH** kann in dieser geplanten Änderung eines sinnvollen Verfahrens nur die Absicht erkennen, über die Köpfe der Betroffenen hinweg ein vermeintlich organisatorisch einfacheres Konzept durchzusetzen, sehr zum Schaden der Pädagogik. Er fordert, dass die bisherige Praxis beibehalten wird.

Helge Pepperling

Schulformwechsler



Wie viele Schüler der 5. bis 13. Klassen wechseln in Hamburg die Schulform?

Das hatte die Abgeordnete Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE) in der Bürgerschaft gefragt. Die Antwort des Senates bestand im Wesentlichen aus zwei Statistiken. Über die Gründe des Wechsels wurde nichts erhoben, auch die genauen Zeitpunkte ließen sich nicht angeben, sondern nur zwei Zeiträu-

me, nämlich in der 5 + 6. Klasse bzw. nach der 6. Klasse oder zwischen der 7. und 12. (13.) Klasse. Man kann also nur spekulieren, dass z.B. die meisten Wechsel aus der Beobachtungsstufenzeit am Ende stattgefunden haben, während viele Wechsel zwischen der 7. und 12. Klasse am Ende der 10. Klasse erfolgt sein dürften.

Die beiden Statistiken basieren auf Zahlen aus den Schuljahren 2010/11 bis 2012/13 bzw. zum jeweiligen Beginn der Schuljahre 2011/12 bis 2013/14.

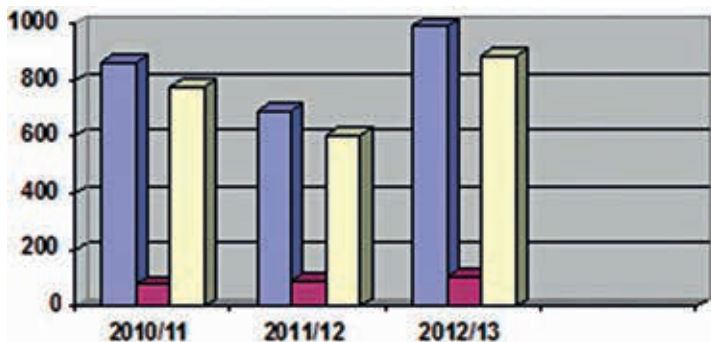
In der ersten Statistik werden die Schulformwechsler von den Gymnasien zu den Stadtteilschulen für alle drei Jahre, für beide Stufen und jede Schule aufgeführt, in der anderen das Gleiche in entgegengesetzter Richtung.

Zusammenfassend lässt sich sagen:

- 1) Zum Schuljahresbeginn 2012/13 sind deutlich weniger Schüler gewechselt als in den beiden anderen Jahren.
- 2) Durchschnittlich wechseln knapp 13 Schülerinnen oder Schüler pro Jahr aus der Beo eines Gymnasiums und

etwa 10,5 aus den 7. – 12. Klassen in die Stadtteilschule. (Ohne private Gymnasien, aber mit den Katholischen).

3.) In umgekehrter Richtung sind es aus beiden Zeiträumen zufällig gleich viele Schüler, nämlich 1,6 pro Jahrgang und Schule (ohne Brecht und Rudolf-Steiner-Schulen, aber mit den konfessionsgebundene Schulen).



4) Insgesamt haben in den drei Jahrgängen zwischen 695 (Minimum) und 992 (Maximum) Schüler der Beobachtungsstufe und zwischen 660 (Minimum) und 723 (Maximum) Schüler der Jahrgänge 7 – 12 das Gymnasium verlassen.

5) In umgekehrter Richtung lagen die absoluten Zahlen zwischen 80 und 105 so wie zwischen 70 und 115.

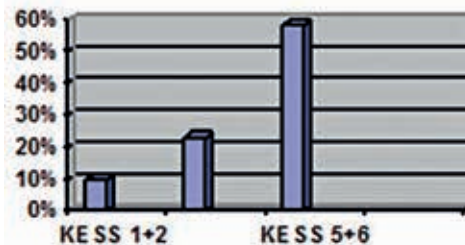
6) Rechnet man die Salden in Klassen um, so mussten alle Stadtteilschulen pro Jahr Schülerzahlen von zusätzlichen 605 Schülern (Minimum) = min-

destens 25 Klassen und 887 Schülern = mindestens 36 Klassen in oder am Ende der Beobachtungsstufenzeit aufnehmen. Die 6. Klassen wurden dadurch vergrößert oder es wurden extra Auffangklassen gebildet.

7) In der Zeit zwischen der 7. und 12. Klasse, vermutlich hauptsächlich am Ende der 10. Klasse, waren zwischen 546 Schülern (Minimum) =

mindestens 22 Klassen und 635 Schülern (Maximum) = mindestens 26 Klassen (jeweils bei einer 25er-Frequenz) aufzunehmen. Vermutlich haben sich viele Abteilungsleiter der Sek. II der Stadtteilschulen gefreut, weil durch diese Schüler die Oberstufe gestärkt wurde.

Das Hauptproblem sind die Schulformwechsler nach der 6. Klasse von den Gymnasien zu den Stadtteilschulen. Das hat die G8-Gruppe (siehe dazu mein Artikel) weiter vorn) auch zu Recht thematisiert.



Schulformwechsler in der Beobachtungszeit

Anfang Juni wurden nun weitere Daten veröffentlicht. Die Abgeordnete Dora Heyenn (Linke) hat in der Bürgerschaft genauer nachgefragt und vom Senat neue Zahlen übermittelt bekommen. Aus denen geht einerseits – wie erwartet – hervor, dass die meisten Schulformwechsler vom Gymnasium zur Stadtteilschule am Ende der 6. und 10. Klassen zu verzeichnen sind. Interessanter waren die **Rückläuferquoten**. Je nach dem Index in der KESS-Sozialstudie weichen sie stark voneinander ab.

In den sozial schwachen Wohngebieten schaffen also 58% der ehemaligen Grundschüler das Gymnasium nicht, sondern verlassen es in den nächsten 6 Jahren. Diese erschreckend hohe Misserfolgsquote ist für die Schüler/innen und die Schulen der betreffenden Wohngebiete verheerend.

Es muss von politischer Seite dringend etwas unternommen werden, um diese Quote zu senken und deren Folgen wenigstens abzumildern.

Plomi

Anhörung zu G8 und G9

Die zehn vom Schulausschuss der Hamburger Bürgerschaft angehörten Schulexperten sprachen sich gegen eine Rückkehr zu G9 am Gymnasium aus, obgleich auch Mängel beim so genannten Turboabitur aufgezeigt wurden. Sogar der Befürworter von G9, Prof. von Saldern von der Leuphana-Universität in Lüneburg, der für eine längere Schulzeit eintritt, sprach sich gegen die Rückkehr zu G9 aus. Er sagte: „Ich war vor zehn Jahren gegen die „Einführung von G8, und die Argumente gelten für mich bis heute. Aber in Hamburg ist die Situation eine völlig andere als in den

meisten Ländern: Hier gibt es bereits flächendeckend G9 an den Stadtteilschulen. Hören Sie in Hamburg bloß auf, Ihr Schulsystem schlecht zu reden“. Auch er mahnte jedoch Verbesserungsbedarf an. Die Experten betonten, dass es keine wissenschaftlichen Belege für eine zu hohe Belastung der Schülerinnen und Schüler durch das G8-Gymnasium gäbe. Die Vertreterinnen der Eltern-, Schüler- und Lehrerkammer sahen es als vorrangig an, neue Reformunruhe zu vermeiden.

Der **DLH** war durch unseren 1. Vorsitzenden, Kollege Pepperling, vertreten.

Er betonte, dass nicht nur an den G8-Gymnasien, sondern auch in den Stadtteilschulen die Arbeitsbelastung durchaus gegeben sei. Jedoch schätze er diese Belastung an den Gymnasien keinesfalls als zu hoch ein, da die Anmeldezahlen an den Gymnasien nach wie vor hoch seien. „So schlimm kann es am Gymnasium wohl nicht sein“, sagte Kollege Pepperling wörtlich. Erfreulich für den **DLH** war auch die Berichterstattung im Hamburger Abendblatt. Die Stellungnahme unseres 1. Vorsitzenden wurde ausführlich wiedergegeben.

Dieter Semprich

Ideologie und Schulpolitik



Vor einigen Wochen hat sich der Bildungsredakteur der „Zeit“, Oliver Holtenstedt, mit einem offenen Brief an die Hamburger Eltern gewandt und darin

deren „Lieblingsfach“, nämlich den Protest der Eltern gegen Lehrer und Politiker, kritisiert.

Zitat: „*Ernüchert hat mich der scharfe Umgangston in der Debatte um das Abitur, ernüchert haben mich die geringe Bereitschaft zum Dialog und der Hang zur Gründung immer neuer Bürgerinitiativen.*“

Und im weiteren Verlauf gibt er seiner Verwunderung über das Verhalten der Eltern untereinander Ausdruck. Zitat: „*Alle Eltern, mit denen ich gesprochen habe, erzählten mir, dass sie das Beste für ihr Kind wollten und auch das Beste für die anderen Kinder. Erstaunlich viele Eltern sprachen genau diese In-*

tention aber anderen Eltern ab, insbesondere wenn diese Lehrer, Mitarbeiter der Schulbehörde oder gar Bildungspolitiker waren.“

Wenn man sich ein Leben lang mit Bildungspolitik befasst hat und die bildungspolitischen Debatten der letzten 60 Jahre nicht nur verfolgt, sondern deren Konsequenzen oft schmerzlich erlebt hat, ist es einerseits erfreulich, dass dieser Befund als befremdlich wahrgenommen wird, andererseits ist betrüblich, dass er immer noch erhoben werden muss.

Ich erinnere mich noch gut an das Jahr 1991, als „meine“ G-H-R-Schule geschlossen wurde, weil sie zu wenig und die neu gegründete Gesamtschule viele Anmeldungen für die 5. Klassen vorzuweisen hatte. Gesamtschulen waren damals nun einmal die richtige und G-H-R-Schulen die falsche Schulform. Das entsprach sogar dem Elternwillen, denn die Eltern, die ihr Kind an der neuen Gesamtschule angemeldet hatten, hegten die Überzeugung, dass es eine Schule für alle geben müsse und in einem ersten Schritt die G-H-R-Schulen als Teil des gegliederten Schulwesens abzuschaffen seien.

Wenn dann später die Ergebnisse der LAU-Untersuchungen auswiesen, dass keine wesentlichen Unterschiede zwischen den gemittelten Lernergebnissen der Haupt- und Realschulen und denen der Gesamtschulen bestanden, ist man erneut betroffen über die Hartnäckigkeit, ja Unversöhnlichkeit, mit der damals um die „richtige“ Schulform gekämpft wurde.

Es ist also eine alte Geschichte mit der Auseinandersetzung über die „richtige“ Schulpolitik und mit dem gegenseitigen Vorwurf, nicht Schulpolitik, sondern Schulideologie zu betreiben. Das gilt natürlich immer nur für die jeweils andere Seite, während die eigene Schulpolitik als sachlich und fachlich begründet angesehen wird. Dabei stört offenbar auch nicht die Tatsache, dass die Gegenseite dies spiegelbildlich ebenso behauptet.

Gehen wir also der Sache einmal auf den Grund.

Der französische Philosoph Antoine Louis Claude Destutt de Tracy führte 1796 den Begriff „Ideologie“ in die Philosophie ein. Er wollte damit ein Programm bezeichnen, welches die Aufgabe haben sollte, unbewiesene oder auf Aberglauben beruhende Ideen von den wissenschaftlich gesicherten Ideen zu unterscheiden. Damit wollte er besser und gezielter als



bisher Aberglauben und Vorurteile als solche kenntlich machen.

„Ideologie“ ist hier also noch etwas Positives, welches gerade nicht zu Einseitigkeit und Verblendung führt, sondern zur besseren und fundierter begründeten Einsicht.

Inzwischen ist Ideologie jedoch eher zu einem Kampfbegriff geworden, mit dem die gegnerische Argumentation als nicht sachgerecht abgewertet werden kann.

Die hieraus resultierende Ideologiekritik nennt dann auch konsequenter Weise folgende Punkte:

- Die Bewertung von Tatsachen tritt unreflektiert an die Stelle der Tatsache selbst.
- Wo es in Wirklichkeit um Meinungsunterschiede und verschiedene gesellschaftspolitische Positionen geht, werden absolute Wahrheiten postuliert.
- Kritik an diesen Wahrheiten wird deshalb als eine Art Sünde angesehen und man muss sich mit ihr deshalb inhaltlich nicht auseinandersetzen.
- Es kann die pseudo-religiöse Erwartung entstehen, dass mit der Umsetzung der eigenen Position das allgemeine Glück für alle erreicht werden kann.

Diese Einstellung ist leider auch heute noch lebendig. Das hört sich dann etwa so an:

Zitat: „Die selbstgefällige Absichtserklärung von CDU und GRÜNEN in Hessen, ihre „Bildungspolitik nicht an Ideologien zu orientieren“, ignoriert, dass die CDU in Hessen seit knapp 15 Jahren regiert und für ein hochideologisches „Umkrempeln unserer Schullandschaft“ auf der Grundlage eines längst überholten Begabungsbegriffes Verantwortung trägt.“ (Christoph Baumann, Referat Schule im GEW-Landesvorstand, 04.03.14)

Und ein Zitat der anderen Seite: „Deutlicher wird immer mehr: Den ideologischen Schulkampf der letzten 30 Jahre hat die CDU eindeutig gewonnen. Der Versuch der roten Ideologen, der Gleichmacherei über die Einheitsschule ist ebenso gescheitert wie der Ver-

such der Verdrängung von Erziehung aus dem öffentlichen Raum...“ (Bernhard Recker, MdL und Bildungsbeauftragter der CDU in NRW in seiner Rede „Petersberger Modell“)

Bei diesen Zitaten handelt es sich nicht nur um persönliche Meinungen, was ja durch die Position der zitierten Autoren in Gewerkschaft und Politik deutlich wird.

Wie bereits angedeutet, ist der Vorwurf, die andere Seite lasse sich in ihrer Argumentation von Ideologie leiten, bewusst verzerrend und sinnlos.

Keine politisch agierende Gruppe beschränkt sich auf die Beschreibung der vorgefundenen Realität. Politik möchte und soll gestalten und orientiert sich dabei an den eigenen Wertvorstellungen und an dem für diese Gruppe Erstrebenswerten. Das ist legitim und ohne diese Zielsetzung verlören politische Gestaltung und Auseinandersetzung ihren Sinn.

Deshalb muss immer gefragt werden, wie die Realität gesehen, wie sie verändert werden soll und welche Wertvorstellung von der jeweiligen Seite dieser Veränderung zugrunde gelegt wird.

Damit sind wir bei dem Schlüsselwort „Wertvorstellung“. Der Begriff „Ideologie“ ist nicht mehr nützlich, weil verbraucht und von seinem ursprünglichen Sinn losgelöst.

Wir brauchen also eine neue Ehrlichkeit und eine Entideologisierung (nicht Entwertung!), damit wir in der Bildungspolitik wieder sachlich und unter Wertschätzung der anderen Seite miteinander um den besten Weg ringen können. Dazu gehört, die Wertvorstellungen der anderen Seite ernst zu nehmen und sie nicht zu diffamieren. Nur dann können wir den Schulkampf beenden und friedlich um eine gute Schule wetteifern.

Solch ein Schulfrieden hätte nichts mit einer Friedhofsstille und einem Stillstand in der Weiterentwicklung zu tun. Benennen wir einmal ganz „unideologisch“ und mit Verständnis für beide Seiten zwei strittige Punkte:

- Z. B. mag die eine Seite anmerken, dass die Förderung guter Schülerinnen und Schüler zu kurz komme, die andere mehr den Gedanken unterstreichen, dass es auf gleiche Bildung für alle ankomme.
- Ein anderes Beispiel wäre, dass eine Partei mehr die Berufsbezogenheit von Bildung in den Vordergrund stellt und die andere Partei mehr die Ausbildung der Persönlichkeit.

In der Pädagogik sind das immer zwei Seiten einer Medaille. Ich kann nicht die Ausbildung der Persönlichkeit unabhängig von der Hinwendung zu einem Beruf betreiben. Die einseitige Umsetzung einer pädagogischen Idee würde zu einem schlechten Ergebnis führen. Das scheint mir im Bereich der Pädagogik besonders ausgeprägt zu sein. Für Reformen ist dies eine schmerzliche Erkenntnis und die Versuchung, diese zu vermeiden, verlockend.

Noch verlockender ist es wohl, als großer Reformen, als Heilsbringer in die Geschichte einzugehen, sich ein Denkmal zu setzen und zu verkünden, dass mit einer neuen Struktur, einer neuen Methode alle Probleme gelöst werden können.

Entsprechende Versuche können in der Bildungspolitik der letzten 60 Jahre der Bundesrepublik Deutschland vielfach besichtigt werden, man denke nur an die so genannte „Neue Mathematik“, die sicherlich viele kreative Impulse setzen konnte, aber leider auch so verstanden wurde, dass tüchtiges Rechnen und Üben und die sichere Kenntnis des Einmaleins' nun nicht mehr nötig wären. Für „Lesen durch Schreiben“ gilt Entsprechendes. Auch

das längere gemeinsame Lernen ist in Hamburg durch ideologische Verbohrtheit gründlich diskreditiert worden.

Es ist interessant zu fragen, warum gerade im Bereich der Bildungspolitik oft so erbittert und kompromisslos gestritten wird. Kränkt es die Kontrahenten, wenn sie spüren, dass das, was sie sich so sehr wünschen, nämlich vollständig und ungeteilt recht zu haben, weder möglich noch wünschenswert ist? Wird vielleicht immer das eigene Kind mitgesehen, über deren Erziehung nur ich selbst bestimmen möchte und empfinde ich es als kränkend, dass ich mit dem Schuleintritt meines Kindes nicht mehr ungeteilt über die Erziehung meines Kindes bestimmen darf?

Ich wage eine Einschätzung: Bei den vielen Gesprächen eines langen Berufslebens mit Kolleginnen und Kollegen habe ich nur in ganz seltenen Ausnahmen eine ideologische „Arretierung“ gefunden. Fast immer ging es den Lehrkräften um eine pragmatische Betrachtung der Realität und um die ebenso pragmatische Einschätzung der pädagogischen Möglichkeiten zur Einwirkung, Förderung und Hilfe. Es gilt also wiederum, in der Bildungspolitik beständig für das Primat der Pädagogik zu kämpfen.

gogik zu kämpfen.

Dass der Zeitredakteur Oliver Holtenstedt, mit dessen Zitat ich diese Überlegungen begonnen habe, bei Eltern offenbar andere Erfahrungen gemacht hat, macht besorgt und zeigt, dass die Zeiten des hochemotionalen Schulkampfes keineswegs der Vergangenheit angehören.

Und doch möchte ich die Hoffnung, dass wir aus den bisherigen Fehlern lernen und nicht mehr mit fast religiöser Inbrunst das Heil von der nächsten (natürlich der eigenen) Reform erwarten, nicht aufgeben. In den letzten Jahren scheint doch ein Umdenkungsprozess in Gang gekommen zu sein. Hierzu haben sicherlich die Erkenntnisse, wie überflüssig die jahrzehntelang geführte Schulstrukturdebatte war und auch die Ergebnisse der Hattie-Studie beigetragen.

Wir sollten deshalb alle daran arbeiten, dass diese Entwicklung gepflegt wird und wir nicht in die Verhaltensmuster der alten Grabenkämpfe zurückfallen. Pädagogische Ressourcen, anders gesagt, die Arbeitskraft unserer Kolleginnen und Kollegen, sind zu schade, um dafür vergeudet zu werden, sie sollen den Kindern zugute kommen.

Dieter Semprich

AdJ – Junglehrer/innen im VBE

Handreichungen

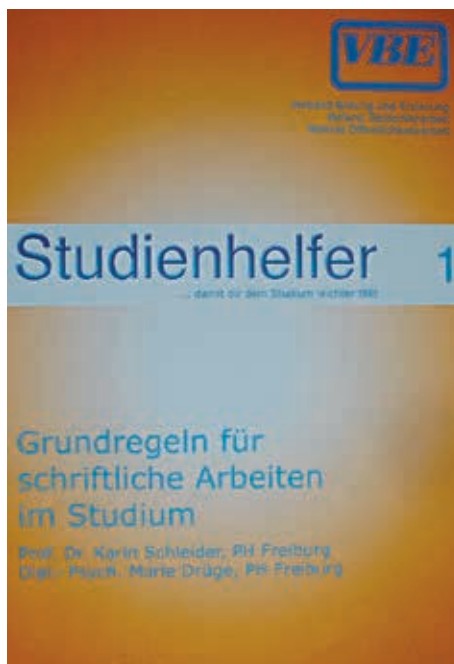
In der vorigen Ausgabe von „Blickpunkt Bildung“ haben wir bereits darauf hingewiesen, dass wir insbesondere für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen (die im Studium oder im Referendariat tätig sind), Handreichungen vorrätig haben, die in der Geschäftsstelle bereit liegen.

Die „Praxishelfer“ für den Unterricht wurden bereits in der vorigen Ausgabe vorgestellt.

Ebenso hilfreich sind die Reihen der „Studienhelfer“ und der Seminarhelfer“, die zu vielfältigen Themen und Problemfeldern kompetente Informationen und Hilfen geben.

Zurzeit haben wir in unserer Geschäftsstelle (Tel. 25 52 72) Belegexemplare vorliegen. In Kürze werden wir durch die Zusammenarbeit mit dem VBE Baden-Württemberg von allen Themenheften eine Reihe von Exemplaren vorrätig haben. Mitglieder des **DLH**, die studieren oder im Referendariat tätig sind, erhalten fünf Exemplare kostenlos, ansonsten gilt der Selbstkostenpreis.

Anzumerken ist, dass die Studienhelfer, obwohl in Baden Württemberg verfasst, auch für Hamburger Kolleginnen und Kollegen hervorragend geeignet sind.



Beispiel **Studienhelfer**: Bisher sind die folgenden Themenhefte erschienen:

- Grundregeln für schriftliches Arbeiten im Studium
- Die Unterrichtsvorbereitung
- Die Unterrichtsplanung
- Lernen, Lehren, Unterricht
- Unterrichtsformen...
- Prinzipien des Unterrichts
- Didaktische Theorien für Unterricht und Unterrichtsplanung
- Grundlagen der Pädagogik ...
- Vorbereitung auf das Lehramtsexamen
- Das Referendariat kommt näher ...
- Das Antragsverfahren vom Studium ins Referendariat
- Recht und Verträge
- Arbeitstechniken an der Hochschule.

In der nächsten Ausgabe werden wir Ihnen die Reihe der Seminarhelfer, die vor allem für das Referendariat konzipiert ist, vorstellen.

Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer (ADJ) im VBE

Aktuelle Themen

GPR-Wahlen 2014

Rund 20.000 Beschäftigte an Hamburgs Schulen hatten Anfang Mai die Möglichkeit, ihre Vertreter für den Gesamtpersonalrat zu wählen. Zu wählen waren 25 Personalratsmitglieder, davon 19 Vertreter der Beamten und 6 Vertreter der Arbeitnehmer.

Für den **DLH** konnte ein leichter Anstieg der abgegebenen Stimmen verzeichnet werden, während die GEW einen Sitz einbüßte. Mit 22,77 % (Beamte) der Stimmen wurden erneut vier Vertreter des **DLH** in den Gesamtpersonalrat gewählt.

Auch die Zahl der insgesamt abgege-

benen Stimmen hat sich im Vergleich zu den letzten Wahlen erhöht. Lag die Wahlbeteiligung im Jahr 2010 noch bei 81,15 % (Beamte) und 70,82 % (Arbeitnehmer), beteiligten sich in diesem Jahr 82,06 % (Beamte) und 75,65 % (Angestellte).

Das Wahlergebnis in Zahlen (in Klammern das Ergebnis der letzten Wahl 2010):

Beamte:

GEW 77,23 %, 15 Sitze (77,47 %, 16 Sitze)

DLH 22,77 %, 4 Sitze (22,53 %, 4 Sitze)
Angestellte:

GEW 49,39 %, 3 Sitze (47,81 %, 3 Sitze)
ver.di 44,48 %, 3 Sitze (44,63 %, 2 Sitze).

DLH/Komba 6,13 %, kein Sitz (6,70 %, kein Sitz).

Für den **DLH** wurden gewählt: Helge Pepperling, Gerald Lamker, Jutta Ramin und Walter Plinke. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch!

Wir möchten uns für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken und werden uns weiterhin tatkräftig für Hamburgs Schulen und deren Beschäftigte einsetzen!

Der Vorstand des **DLH**

Die MV des Fachbereiches G-St-So

Nach der Begrüßung der Versammlung übergibt der Vorsitzende des Fachbereiches, Kollege Matthias Oehlich, das Wort an die Kollegin Petra Demin, Schulleiterin der Heinrich-Wolgast-Schule. Sie referiert über das Thema: „Problematik der Betreuung in Ganztagschulen“. Die Heinrich-Wolgast-Schule ist eine voll gebundene Grundschule mit bilingualen Klassen (deutsch-türkisch), Betreuung vor und nach dem Unterricht, Ferienbetreuung, mehreren Kooperationspartnern im Stadtteil und dem Projekt „JEKI“, jedem Kind ein Instrument. Die Liste ist nicht vollständig.

An das Referat von Frau Demin über die vielfältigen Erfahrungen mit diesem komplexen System schließt sich eine ausführliche Diskussion an.

Es folgt der Geschäftsbericht mit Aussprache. Anschließend wird der Vorstand von der Mitgliederversammlung einstimmig entlastet.

Danach wird der Kollege Wolfgang Plöthel-Mitzlaff bei einer Enthaltung zum neuen 1. Vorsitzenden gewählt, die Kollegin Jutta Ramin einstimmig zur Stellvertretenden Vorsitzenden. Die Kollegin übernimmt auch die Vertretung des Fachbereiches im Gesamtvorstand des **DLH**.

Auf Vorschlag aus der Mitte der MV wird Matthias Oehlich mit 6 Ja-Stimmen zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Als Beisitzer werden Peter Braasch, Bernd Kallweit, Wulf Kühne, Dieter Semprich en Block mit 6 Ja-Stimmen gewählt. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Der neue Vorstand beschließt, sich in seiner Arbeit auf die Schwerpunktthemen Schulformwechsler, G8-Initiative und Nachlese der PR-Wahlen zu konzentrieren.

Der Fachbereich G-St-So

Deutscher Lehrertag 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Nachdem wir in der vorigen Ausgabe über den deutschen Lehrertag 2013 berichtet hatten, folgt bereits jetzt der Bericht über den DLT 2014. Der Grund ist darin zu sehen, dass der VBE zukünftig zwei Leherrtage pro Jahr veranstalten will. Was den schulpolitischen Teil der beiden Leherrtage betrifft, so macht ein Vergleich deutlich, dass die brennenden Probleme weiterhin ungelöst sind. An erster Stelle ist wiederum die Umsetzung der Inklusion mit unzureichenden Mitteln zu nennen.

Teilnehmende Kolleginnen und Kollegen haben berichtet, wie gut es ihnen tut, aus berufenem Munde zu hören, dass nicht ihr individuelles pädagogisches Versagen, sondern die unzureichenden Rahmenbedingungen für ihre Arbeit die entscheidende Rolle spielen.

Wir dürfen als kleiner Landesverband, der sich gegenüber dem großen Mitbe-

werber behaupten muss, nicht vergessen, welches Gewicht die anderen Landesverbände und der Bundesverband des VBE besitzen. Das sollte uns Mut machen. Am VBE kommt die Schulpolitik auf Dauer nicht vorbei!

Die Redaktion

Es passte – oder auch nicht: Aus Berlin kam die Meldung, dass Bund und Länder sich immer noch nicht einigen konnten, wofür die im Koalitionsvertrag angekündigten Milliarden Euro für Bildung eingesetzt werden sollen. Beinahe zeitgleich fand am 13. März im Rahmen der Leipziger Buchmesse die erste Frühjahrstagung eines Deutschen Leherrtages statt. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann stellte zur Eröffnung klar, es müsse endlich Schluss sein mit dem Zuständigkeitsgerangel zwischen Bund und Ländern. „Wir brauchen ein tragfähiges gemeinsames Fi-

nanzierungskonzept von Bund, Ländern und Kommunen zur Umsetzung von Inklusion.“ Es sei falsch verstandener Föderalismus, den Bund per Kooperationsverbot komplett aus der Verantwortung für die Schulpolitik in Deutschland zu nehmen. Udo Beckmann forderte erneut, aus dem Kooperationsverbot ein Kooperationsgebot zu machen. Inklusion sei nicht kostenneutral zu haben. Auch die Botschaft des Vorsitzenden vom Verband Bildungsmedien Wilmar Diepgrond lautete, „permanent darauf zu dringen, dass solide in die Schule investiert wird“. Die diesjährige KMK-Präsidentin Sylvia Löhrmann erklärte in ihrer Videobotschaft – zeitgleich tagten die Kultusminister in Berlin – „guter Unterricht ist ein Unterricht für alle Kinder und Jugendlichen. Er fördert sie individuell nach ihren Fähigkeiten und Talenten, niemand soll verloren gehen. Ich weiß, das ist höchst anspruchsvoll.“

Von Festplatten, Fachleuten und Büchern im Netz

Das Thema bewegt Lehrerinnen und Lehrer: „Herausforderung Schüler – Unterricht neu gestalten. Konzepte, Methoden, Ziele“. Fast 1000 Lehrerinnen und Lehrer aus allen Bundesländern nahmen an der Premierenveranstaltung teil und stellten sich aus den über 30 verschiedenen Workshops ein je maßgeschneidertes Fortbildungsprogramm zusammen. Besonders gefragt waren Anregungen und Erfahrungen zum Unterricht in heterogenen Klassen. Es ging um differenzierendes Unterrichten, um die Diagnose verschiedener Lernausgangslagen, um den Umgang mit ADHS-Kindern und diskutiert wurde dabei der Einsatz digitaler Medien.

Dass diese neuen Medien nicht automatisch höhere Lernleistungen der Schüler „erzeugen“, machte Hauptreferent Manfred Spitzer in seinem Vortrag „Mentale Stärke stärken“ deutlich. Der Ulmer Hirnforscher erklärte, das menschliche Gehirn sei keine Festplatte. Vielmehr gelte, je mehr drin sei, desto mehr passe rein. Und für dieses lebenslange Lernen Sorge man im Alter von 0 bis 20. Andersherum müsse bedacht werden, so Manfred Spitzer, alles, was man den Schülern maschinell abnehme, hätten sie auch nicht im Kopf. „Wir wissen eigentlich, was den jungen Menschen gut tut“, gab er zu bedenken. Angst blockiere und führe zu Misserfolgs-Erleben. Doch würden aussagefähige internationale Studien als Nebenwirkungen des Smartphone-



Gebrauchs Angst und Einsamkeit identifizieren.

Manfred Spitzer betonte, er führe keinen Feldzug, es gehe ihm aber um Risiken, Wirkungen und Nebenwirkungen. „Je mehr das Gehirn tut und macht, desto mehr bleibt hängen.“ Schüler müssten darauf gelenkt werden, sich auf eine Aufgabe zu konzentrieren, Multitasking könne ein Mensch nicht. Der Wissenschaftler erinnerte an den Wert von Geborgenheit und Gemeinschaft. Er plädierte dafür, die Welt mit Händen zu begreifen, verwies auf Musik, Sport und Theater und betonte, Zweisprachigkeit sei ganz wichtig, weil mehr Gehirnarbeit geleistet werde. Manfred Spitzer appellierte an die Lehrerinnen und Lehrer: „Sie sind die Fachleute und wissen, was den Kindern gut tut und was nicht!“ Langanhaltender Beifall bezeugte, dass die Botschaft angekommen war.

Im Workshop „Digitale Schulbücher“ wurde denn auch eher zurückhaltend auf das verlagsübergreifende Projekt reagiert. ... Die digitalen Bände lassen sich mit Umblättern-Geräusch einsetzen,

aber Zuhörer gaben zu bedenken, dass sich ihnen der Vorteil zum Print-Band nicht erschließe. ... Klar wurde nicht nur in diesem Workshop, dass eine IT-Ausstattung eine teure Angelegenheit ist und in kürzester Zeit veraltet. Es geht also auch um die Frage, wie Mittel in Schule investiert werden, dass der pädagogische Ertrag am größten wird und das Lernen in heterogenen Klassen für jeden einzelnen Schüler Lernerfolge bringt. Manfred Spitzers Warnungen liegen nicht im Mainstream, umso wichtiger sind sie.

Mehr maßgeschneiderte Fort- und Weiterbildung

Der Deutsche Lehrertag im Rahmen der Leipziger Buchmesse wurde von VBE und Verband Bildungsmedien in Kooperation mit dem SLV im VBE, dem VBE Sachsen-Anhalt und dem tlv im VBE organisiert. Viele Teilnehmer machten deutlich, dass sie sich von den Ländern viel mehr anspruchsvolle und passgenaue Angebote für das Unterrichten in heterogenen Gruppen wünschen. Wie es gehen kann, macht der Deutsche Lehrertag vor und ist eben deshalb der größte bundesweite Weiterbildungstag für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen. Um der großen Nachfrage besser zu entsprechen, gibt es 2014 erstmals neben der Frühjahrstagung auch die Herbsttagung. Der Termin steht schon fest: 21. November 2014 in Dortmund.

Mira Futász

Artikel leicht gekürzt. Die Redaktion

DSLK



Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Informationsdienstleister Wolters Kluwer Deutschland (WKD), die beiden Veranstalter des Deutschen Schulleiterkongresses (DSLK), ziehen eine positive Bilanz aus dem diesjährigen Kongress. „Einmal mehr hat sich gezeigt, dass der Fortbildungswille der Schulleiter ungebrochen ist“, sagt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, „hier in Düsseldorf ist der richtige Ort, um diesem Willen nachzukommen.“ Mit rund 2.000 Teilnehmern aus dem deutschsprachigen Raum und dem europäischen Ausland hat sich der DSLK erneut als Top-Bildungsveranstaltung in diesem Sektor präsentiert. Hochkarätige Referenten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Bildungsbe-

reich haben zu einem breiten Themenspektrum beigetragen. „Schulleiter sind heute nicht mehr die, die sie vor 20 Jahren waren“, erklärt Michael Gloss, Geschäftsführer von Wolters Kluwer Deutschland, „ihre Aufgaben wachsen stetig an, und diese Veränderung gilt es, zu begleiten.“ Deshalb gab es neben den reinen schulischen Themen vor allem Vorträge und Workshops, die die Verwaltung, Personalführung und Soft-Skills im Fokus hatten. Unter anderem referierte Joey Kelly über den Stellenwert von Disziplin, Sprechtrainer Reinhard Pedde gab Tipps für den besseren Umgang mit der eigenen Stimme. Der OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher warf einen Blick über den Tellerrand und verglich die Arbeit deutscher Schulleitungen mit denen ihrer europäischen Kollegen, um Verbesserungspotenziale aufzuzeigen.

„Neue Impulse sind wichtig, um die eigene Schule weiter nach vorn zu bringen und nicht in veralteten Mustern zu verharren“, macht Beckmann klar, „auch Schulleiter haben gelernt, dass sie viel voneinander lernen können – und gute Ideen von Kollegen zu übernehmen ist angesagt, wenn diese helfen, den schulischen Alltag besser zu gestalten.“ Dazu kommen die administrativen Aufgaben, die Schulleiter immer stärker in Anspruch nehmen: „Konfliktgespräche führen, Veranstaltungsmanagement, Beantworten von Presseanfragen – dies sind längst Aufgaben, die man üblicherweise eher in gehobenen Managementebenen eines Unternehmens findet“, sagt Gloss, „Schulleiter sind längst Allrounder geworden – allerdings ohne dass sie dafür ausgebildet werden. Hier setzt der DSLK an und holt nach, was der Dienstherr versäumt hat.“ ...

Beckmann mahnte, dass es trotz der Verbesserungen in der Lehrerausbildung und bei der Vorbereitung auf die Schulleitungstätigkeit noch immer Hindernisse in der alltäglichen Arbeit gebe: „Allein die Nachfrage nach den einschlägigen Workshops und Vorträgen zeigt, dass nicht alles rosig ist“, so

Beckmann, „die zur Verfügung gestellte Leitungszeit reicht bei weitem nicht aus – wenn man die Management-Aufgaben bedenkt, die Schulleiter in den letzten Jahren draufgesattelt bekommen haben, sind die vermeintlichen Verbesserungen eine Milchmädchenrechnung“, kritisiert Beckmann. ...

Der DSLK 2015 findet vom 12.-14. März 2015 wieder im Kongresszentrum CCD Süd in Düsseldorf statt.

Text leicht gekürzt. Den vollständigen Text und weitere Infos finden Sie auch unter:

www.deutscher-schulleiterkongress.de

Reif für die Kompetenzklasse?

„Dann brauch ich ja gar nix mehr zu machen, Digga, wenn Sie meinen, dass ich den Realschulabschluss sowieso nich schaff“, klagt Yusuf. Nachdem sein Vater mit der Lehrerin gesprochen hat, ist dicke Luft zu Hause. Yusuf ist Schüler einer 10. Klasse. Seit er diese Schule besucht, war er stinkefaul und hat ständig den Unterricht gestört. Das geht jetzt fast sechs Jahre so. „Vokabeln, ne, das is nix für mich. – Gesellschaft, ne, lass ma stecken, Digga, brauch ich nich. – Mathe, schriftlich subtrahiern, wozu? Ich hab doch Taschenrechner.“ „Yusuf, hast du nun einen Praktikumsplatz?“ fragt die Klassenlehrerin. „Ja, ich hab schon Bewerbung geschrieben, so mäßig.“ „An wen?“ „An Firma, die machen Webdesign und so Sachen.“ „Und wo ist die Bewerbung jetzt?“ „Na zu Hause.“ „Yusuf, wie sollen die dann wissen, dass du einen Platz suchst? – Außerdem, warum suchst du nicht etwas, das du mit dem ersten Abschluss auch bekommen kannst?“ „Is doch die Scheißschule schuld, wenn ich kein Real krieg“, mault er nun. „Was kann die Schule dafür, wenn du nicht lernst?“ will die Lehrerin wissen. „Na, wenn mich das hier nun mal nicht interessiert, Digga?! Die sollten mal Sachen machen, die ich spannend find, da hätt ich gleich Abi.“ Yusuf steht auf. „Ich geh pissen.“ Als er nach 10 Minuten zurückkommt und geräuschvoll seinen Platz wieder einnimmt, sind die anderen am Arbeiten. Yusuf schreit quer durch die Klasse. „Eh, Bruda, lass nachher Kino gehen, OK?“ „Würdest du bitte arbeiten und nicht durch die Klasse schreien?“ weist die Lehrerin

ihn zurecht, „im übrigen hat Herr Pauli dich wieder außerhalb des Schulgeländes rauchen gesehen. Du kennst die Hausordnung.“ „Na und? Das machen doch alle, Bro.“ „Das ist die falsche Antwort, Yusuf.“ „Is doch wahr“, schimpft er. „Was soll der Scheiß? Is hier Gefängnis?“

Yusuf ist kein Einzelfall. Allein in dieser Klasse gibt es fünf Jungen seiner Art. Wenn sie nicht den Unterricht stören, machen sie auf dicke Hose. Das Testosteron puckert unter dem Dach. Ein falsches Wort reicht, um sie zum Platzen zu bringen. Wenn einer rot sieht, gibt es kein Halten mehr. Nicht bereit, Regeln zu akzeptieren, die nicht ihre sind, haben sie kaum Aussicht auf eine geregelte Zukunft. Ihre Rechte kennen sie, Pflichten akzeptieren sie nicht. Ihre Vorbilder sind Gängsta-Rapper oder Fußballspieler. Zum Nacheifern reicht es jedoch nicht. Gedanken über ihre Zukunft machen sie sich nicht. Dass Alis Mutter zwei Jobs hat, um das Familieneinkommen aufzubessern, hält Ali für selbstverständlich. „Du wirst in einem halben Jahr Geld verdienen müssen, Ali“, gibt die Lehrerin zu bedenken, „wann willst du endlich was tun?“ „Lassen Sie mal meine Sorge sein“, sagt er und tut ganz cool.

Er weiß, dass er in der Falle sitzt, seine Chancen vertan hat. Zugeben wird er es nicht. Das passt nicht zu seiner Ehre. Aus seiner Sicht hat Yusuf Recht. Für Schüler wie ihn ist unser schulisches Angebot in der wichtigen Abschluss- und Übergangsklasse 10 wenig geeignet. Während die einen auf den mittleren Ab-

schluss oder sogar die Oberstufe vorbereitet werden, wissen die anderen, dass für sie diese 10. Klasse lediglich eine Parkrunde ist. Dem Stoff können sie nicht folgen. Denn mehr als den ersten Abschluss, den sie nach der 9. Klasse schon hatten, werden sie nicht erreichen. Der Ansatz, dass die Schwachen von den Starken lernen, greift hier nicht. Äußere Differenzierung, d.h. Unterricht in Leistungskursen, ist in Hamburg zurzeit aber nicht gewollt. Erfahrene Lehrer, die wissen, dass der Spagat der Binnendifferenzierung in Klassen mit hohem Anteil bildungsferner Schüler nicht effizient ist, sehen sich auf verlorenem Posten. Sie und auch die betroffenen Schüler würden gern schon die 9. Klasse zum Trennen der Lerngruppen nutzen. Dann könnten sich die einen in Ruhe auf den ersten Abschluss vorbereiten, während die anderen Zeit für erweiterte Anforderungen hätten.

An manchen Schulen gibt es jetzt eine Kompromisslösung. Sie richten Klassen ein, die die Grundfertigkeiten schwacher Schüler fördern und schicken diese im 10. Schuljahr zwei Tage pro Woche in Betriebe. Dort können sie ihre praktischen Kompetenzen beweisen und vielleicht sogar Ausbildungsplätze finden. Teilnehmende Betriebe haben in dieser Kooperation den Vorteil, zukünftige Mitarbeiter genau kennen zu lernen und auf ihr firmeninternes Konzept frühzeitig einzustimmen. – Vorausgesetzt, Yusuf wäre bereit, das zu tun, was sein Meister verlangt, denn seine handwerklichen Fähigkeiten wären wohl sehr gefragt.

Karin Brose

IMPRESSUM Blickpunkt Bildung

Herausgeber:

Deutscher Lehrerverband Hamburg DLH e.V.
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag – Donnerstag: 09:30 – 17:30 Uhr,
Freitag 09:00 – 16:00 Uhr.

Geschäftsstelle des DLH

Papenstraße 18, 22089 Hamburg,
Tel. 040/25 52 72, Fax 040/250 59 49
E-Mail info@dl-hamburg.de, www.dl-hamburg.de

Bankverbindung des DLH:

Hamburger Sparkasse
(BLZ 200 505 50)
Kto.-Nr. 1226/122 644

Redaktion:

Dieter Semprich

Bildnachweis:

Dieter Semprich,
tandem-verlag.

Autoren dieser Ausgabe:

Karin Brose, Mira Futasz,
Helmut P. Hagge, Bernd Kallweit,
Hans-Dietrich Oldenfeldt,
Helge Pepperling,
Walter Plinke,
Christin Resske,
Wolfgang Plothe-Mitzlaff,
Dieter Semprich.

Redaktionsschluss:

für BB 3/14: 14.9.2014

Die Redaktion behält sich das Recht vor,
Artikel zu kürzen.

Verlag, Anzeigen und Herstellung:

Soeth-Verlag Ltd.
Markt 5, 21509 Glinde,
Tel. 040/18 98 25 65,
Fax 040/18 98 25 66
E-Mail: info@soeth-verlag.de, www.soeth-verlag.de

„Blickpunkt Bildung“ erscheint viermal jährlich.

„Blickpunkt Bildung“ wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder des DLH verteilt; das Bezugsgeld ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die im „Blickpunkt Bildung“ veröffentlichten Artikel geben die persönliche Auffassung des jeweiligen Autors wieder. Verbands offizielle Stellungnahmen des DLH werden ausdrücklich als solche gekennzeichnet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Recht und Besoldung

Arbeitskreis IT

Leistungen des DLH

Der DLH – Ihre Interessenvertretung

Die Hamburger Lehrergewerkschaft DLH ist der Deutsche Lehrerverband Hamburg – Gewerkschaft Schule und Bildung im DBB (Deutscher Beamtenschaft, d. h. Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes). Der DLH vertritt die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen in Hamburg.

Der DLH gliedert sich in vier Fachbereiche (Grund-, Stadtteil- und Sonderschulen, Gymnasien, Gewerbeschule und Handelsschulen) mit Ausschüssen wie „Recht und Besoldung“ sowie „Junge Lehrer“.

Der DLH ist in Hamburg die Vertretung folgender Bundesverbände:

	Bundesverband	Zeitschrift des Bundesverbandes
VBE	Verband Bildung und Erziehung	B & E
DPbV	Deutscher Philologenverband	Profil
BLBS	Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen	Die berufsbildende Schule
VLW	Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen	Wirtschaft und Erziehung

Der DLH ist für Vielfalt und Chancengleichheit im Schulwesen.

Der DLH ist nicht einseitig parteipolitisch bestimmt. Grundprinzip des DLH ist „pluralistische Offenheit“.

Der DLH setzt sich nicht nur für eine Schulform ein.

Vorteile für DLH-Mitglieder (im Mitgliedsbeitrag enthalten):

- Beratung in allen dienstlichen Angelegenheiten
- Diensthauptpflichtversicherung
- Blickpunkt Bildung (Verbandszeitschrift des DLH)
- Zeitschrift des betreffenden Bundesverbandes
- Rechtsschutz in allen dienstlichen Angelegenheiten
- Schlüsselhaftpflichtversicherung
- Diverse Info-Broschüren und Ratgeber
- Nette und kompetente Ansprechpartner

DLH-Geschäftsstelle:

Papenstr. 18 • 22089 Hamburg
Tel.: 0 40/ 25 52 72 • Fax: 0 40/ 2 50 59 49
E-Mail: info@dl-hamburg.de
Homepage: www.dl-hamburg.de



Brigitte Dilly, Bernd Kallweit, Gertrud Römer

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Namen von Frau Dilly und Frau Römer möchte ich Ihnen mitteilen, dass unsere Arbeitsgruppe ihr Themengebiet geändert hat.

Erfreulicherweise haben uns zuletzt nur noch sehr wenige Bitten um Unterstützung in Mobbingfällen erreicht. Im Schwerpunkt unserer Arbeit wird der Themenbereich IT und deren Nutzung durch die Schüler (z.B. Facebook, Whatsapp und ähnliche Anwendungen) stehen, durch die Schüler Kolleginnen und Kollegen schädigen können (und sich selber auch). Weiter bearbeiten wir den Komplex "Amoklauf an Schulen, Ursachen, Hintergründe, Strategien, Vorbeugung). Wir arbeiten auf diesen Themenfeldern an einem Unterstützungskonzept und werden dieses nach Fertigstellung in „Blickpunkt Bildung“ veröffentlichen.

Dieter Semprich
Bernd Kallweit

Der DLH: Ein starker Partner an Ihrer Seite! Wer einmal – wie ich – erfahren hat, wie der DLH in Zusammenarbeit mit dem DBB bei Rechtsauseinandersetzungen geholfen und auch das finanzielle Risiko getragen hat, für den ist der DLH schon aus diesem Grund, aber nicht nur, die Hamburger Lehrergewerkschaft.

Dieter Semprich

Aus unserer Geschäftsstelle

Personalratswahlen und MV 2014

Nachdem nun die Personalratswahlen stattgefunden haben, warten auf einige von Ihnen neue Herausforderungen als zukünftige Personalräte. Um noch besser auf die Wünsche und Bedürfnisse unserer Mitglieder eingehen zu können, möchten wir Sie bitten, falls noch nicht geschehen, uns mitzuteilen, ob Sie als Personalratsmitglied gewählt wurden.

Selbstverständlich können Sie Fragen, die sich aus der neuen Aufgabe ergeben, an die Geschäftsstelle richten, die Ihnen einen kompetenten Ansprechpartner vermittelt.

Da die nächste Ausgabe von „Blickpunkt Bildung“ erst kurz vor der diesjährigen Mitgliederversammlung er-

scheint, möchten wir Sie bereits jetzt auf diesen Termin hinweisen.

Die Mitgliederversammlung 2014 findet am Dienstag, den 30.09.2014 in der G11 (Angerstraße 4, 22089 Hamburg) statt. Selbstverständlich erhalten Sie rechtzeitig vor dem Termin noch eine entsprechende Einladung nebst Tagesordnung.

Kristin Rессke

Besprechungen

1914 - Erinnerungen an den Ausbruch des „Großen Krieges“

Seit Monaten wird an den Beginn des 1. Weltkriegs erinnert: 100 Jahre sind es hier, dass eine der schlimmsten Schlachten der jüngeren Geschichte auf unserem Kontinent stattgefunden hat. Es gibt Ausstellungen und Theateraufführungen, auch in Hamburg, und die Reihe der Publikationen scheint kein Ende zu nehmen, ebenso wie Sen-

dungen im Radio und Fernsehen. Dazu möchte ich einige Anmerkungen machen.

Nur wenigen ist bekannt, dass der Hamburger Schulreformer und Friedensaktivist Wilhelm Lamszus (1881 – 1965) bereits im Jahre 1912 einen Bestseller auf den Markt brachte, der die Horrorvision eines großen Krieges

heraufbeschwor: „Das Menschenschlachthaus“. In Hamburg war damals das Buch kurzzeitig verboten, und Lamszus wurde sogar für drei Tage vom Lehrerdienst suspendiert. Es berichtet vom Schicksal eines jungen Familienvaters, der begeistert in den Krieg zieht gegen den Erzfeind Frankreich. Die Waffen werden vor dem Abmarsch in

der Kirche geweiht: „Er segnet unsere Gewehre, dass sich ihre teuren Kugeln bezahlen mögen, dass keine verloren in die Lüfte weht, dass jede kostbare Kartusche hundert Menschen fassen möge und hundert Menschen auf einmal in Stücke reißen möge“. Der Alltag an der Front sieht jedoch bald völlig anders aus: „Wir lugen langsam über die Erdwälle hinaus. Hat sich die rote Hölle aufgetan? Das schreit und gellt, das brüllt so unnatürlich wild und schrankenlos, dass wir uns enger aneinander schmiegen... und zitternd sehen wir, wie unsere Gesichter, unsere Uniformen rote nasse Flecken haben, und erkennen deutlich Fleischfasern auf dem Zeug“ (zitiert nach A. Pehnke, DIE ZEIT Nr. 32, 2.8.2012). Leider ist das Buch gegenwärtig nicht erhältlich. Nicht jedoch Lamszus' wuchtige Antikriegsschrift „Giftgas über uns“ (Sax Verlag, Beucha 2006, 216 Seiten, € 18.00). Das verschollen geglaubte Manuskript wurde 2005 bei Umbauarbeiten im früheren Wohnhaus des Autors in Hamburg-Kleinborstel entdeckt.

Lamszus hatte die Papiere nach der Machtergreifung durch die Nazis auf seinem Boden eingemauert, um sich und seine Familie nicht zu gefährden. Im Rahmen des „Allgemeinen Vorlesungswesens“ der Universität Hamburg finden zwei Ringvorlesungen statt, die sich mit dem Thema 1. Weltkrieg befassen: „1914 – Deutschland im Taumel“ (mittwochs von 18.-19.30 Uhr im Hörsaal M des Hauptgebäudes, vom 9.4. - 16.7.14) sowie „1914 – 2014: Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg“ (donnerstags von 18- 20 Uhr im Hörsaal J des Hauptgebäudes, vom 3.4. bis 10.7.14). Die Teilnahme ist kostenlos. Das Thalia-Theater präsentiert seit der Premiere im März 2014 das Stück „Front“, eine Polyphonie nach den Romanen „Im Westen nichts Neues“ von E.M.Remarque und „Le Feu“ von Henri Barbusse, ergänzt durch Zeitdokumente (z. B. Feldpostbriefe), eine überzeugende und eindringliche Positionierung gegen den Krieg. Der Besuch dieser Aufführung mit älteren Schülern ist sehr empfehlenswert, sollte jedoch

auch gründlich vorbereitet werden. Das Programm zum Stück ist da hilfreich. Außerdem darf an dieser Stelle angezeigt werden, dass im Museum für Kunst und Gewerbe die Ausstellung „Krieg und Propaganda 14/18“ vom 20. Juni bis 2. November 2014 gezeigt wird. Mit über 400 Exponaten wird der Besucher unterschiedliche Formen der Propaganda in den einzelnen Ländern sehen: Plakate, Künstlergrafiken, Bildpostkarten, Fotos, Illustrierte und Alltagsgegenstände wie Kinderspielzeug. Ergänzt wird die Schau durch historische Film- und Tondokumente aus der Kriegszeit. Zum Abschluss sei noch angemerkt, dass der lesenswerte Buchbestseller „Die Schlafwandler - Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ von Christopher Clark jetzt auch preiswert über die Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) erworben werden kann (11.60 €). Der Autor versucht die Schuldfrage neu zu beantworten, was unter Historikern allerdings umstritten ist. *Helmut P. Hagge*

Personalien

Wir gratulieren Runde Geburtstage und Jubiläen

90 Jahre

Gerhard Becker, Helga Tuchen.

85 Jahre

Otto Schmidt, Edith Scharnberg, Heinz Haas, Johannes Löwenstein, Traude Neumann, Dr. Alois Jansen.

80 Jahre

Ralf Germer, Peter Hoff, Irmtraut Oergel.

75 Jahre

Erich Sojka, Ulrich Barth, Dieter Harm, Horst Böttger, Hugo Stiller, Gertrud Gasenzer, Heike Schwarz, Karin Arnheim.

70 Jahre

Heidrun Hiesener, Jochen Wiegandt, Hans-Joachim Mies, Albrecht Germer, Frauke Lankenau, Margret Petersen, Dr. Christian Schröder, Dr. Bernd Elsner.

65 Jahre

Waltraud Westerholt, Manfred Wiertz, Käthe Lochte, Hans-Ulrich Marcks, Carl-M. Günther, Verena Hughes, Ellen Pfohl, Horst-Dieter Thurow, Lothar Stremlau.

Jubiläen

40-jährige Mitgliedschaft

Ingrid Bahrs, Eberhard Baur, Dr. Hans-Walter Kaufmann, Norbert Paule, Günther Rohde.

VBE-Ehrenvorsitzender wird 70

Dr. Ludwig Eckinger, von 1993 bis 2009 Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), begeht seinen 70. Geburtstag. „Ludwig Eckinger, Pädagoge, Lehrerbildner und Schulleiter hat in seiner 16-jährigen Amtszeit als Bundesvorsitzender mit Blick auf die nachwachsende Generation stets große Kraft darauf verwendet, die Profession zu beschreiben, zu schützen und zu stärken“, so Udo Beckmann, amtierender Bundesvorsitzender des VBE in seiner Würdigung. Für Eckinger habe das stets bedeutet, auf nationaler und internationaler Ebene für den

Lehrerberuf als Schlüsselberuf in der Demokratie zu streiten, auf eine Gleichwertigkeit der Lehrämter zu dringen und die Lehrerbildung als zentralen Ort der Professionalisierung in die Pflicht zu nehmen. Das Credo des VBE „Alle Lehrer sind Lehrer“, das für den VBE bis heute uneingeschränkt gilt, wurde von Eckinger geprägt. Sein bildungspolitisches und gewerkschaftliches Engagement wurde 2006 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt. Der VBE-Bundesverband verlieh Eckinger 2009 den Titel „Ehrenvorsitzender des VBE“.

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann: „Ludwig Eckingers tiefe Überzeugung war und ist, die Wertschätzung des Lehrerberufs in der Demokratie zu erhöhen.“ In diesem Sinne habe er in wesentlichem Maße auch das erste länderübergreifende Leitbild für den Lehrerberuf im deutschsprachigen Europa mit initiiert, das 2008 von VBE und den Partnerorganisationen GÖD (Österreich) und LCH (Schweiz) in Wien der Öffentlichkeit vorgestellt worden sei.

B&E des VBE

Burj Scholz

Schon wieder neue Wutbürger, diesmal in der Elternschaft der Schule Richardstraße und anderswo. Warum? Der Senat möchte Schulhofflächen verkaufen, um dem chronisch klammen Haushalt auf die Beine zu helfen. Dagegen kann doch niemand etwas einzuwenden haben. Dumm nur, dass die Elternschaft der betroffenen Schulen nicht informiert wurde. Aber na ja, das kann schon mal passieren. Man kann nicht an alles denken. Außerdem ist es doch so, dass die Kinder sowieso vor ihrem Tablet-Computer oder Smartphone sitzen und weniger Pausenfläche brauchen.

Und wieder einmal müssen die Falschen den Kopf hinhalten. Im Hamburger Abendblatt vom 3.6.14 stand nämlich zu lesen, dass der Baustufenplan von 1955 gilt. Ihr müsst euch schon an die Herrschaften in der Behörde wenden, die den damals ausgearbeitet haben. Wenn überhaupt haben die doch Schuld!

Aber was heißt hier Schuld? Dankbar sollten wir ihnen sein, dass sie sich damals in weiser Voraussicht schon Gedanken über einen soliden Haushalt in 60 Jahren gemacht haben. Das nenne ich eine langfristige Finanzplanung, aber hallo!

Und wenn Schulen wachsen, weil mehr Bebauung auch mehr Schulkinder bedeutet? Kein Problem, sagt die BSB, **dann bauen wir in die Höhe!**



Da hätte ich eine Idee: Ob das mit der Elbvielharmone wirklich der große Burner für Hamburg ist, bleibt ja weiterhin fraglich. Schon die Musikhalle ist unter der Woche nicht ausverkauft. Und man kennt das ja: Leerstehende Gebäude – siehe Esso-Häuser – verkommen leicht.

Da wäre es doch wunderbar, wenn die Fremdenführer die Touristen zukünftig diskret um die Elbvielharmone herumloteten und auf den Burj Scholz verweisen könnten. Nein, nicht den Burj Khalifa, der steht in Dubai, aber der Burj Scholz soll noch einen Fuß höher werden, also 2718 Fuß. Das Tolle daran ist, dass dann – mit ein wenig Zusammenrücken – alle Hamburger Schüler der allgemeinbildenden Schulen hineinpassen; es stünden immerhin weit über 600.000 m² Nutzfläche zur Verfügung. Und Geld wäre auch in Hülle und Fülle vorhanden. Was könnte man alles an Schulhöfen verkaufen!

Sie sagen, was ich da für einen Unsinn schreibe? Wieso Unsinn? Also, das ist doch ... Wenn Sie sich nicht mäßigen, schmolle ich. Schließlich bemühe ich mich nur darum, konsequent zu Ende zu denken. Nur Träumer sind Realisten! Außerdem ist das auch pädagogisch eine tolle Sache. Wer immer wieder stört, bekommt – ganz oder teilweise – Fahrstuhlverbot (ich meine natürlich die Schüler/innen).

Das passt also alles wunderbar und die Berufsschülerinnen und -schüler bauen sich ihren eigenen Turm. Wozu sind sie schließlich Berufsschüler! Und Hamburg wäre um eine Attraktion reicher, um die uns Pinneberg, Trittau und Winsen sicher beneideten.

Hans-Dietrich Oldenfeldt

Jetzt staatliche Förderung sichern!

Wie auch andere Versorgungssysteme steht die Beamtenversorgung aufgrund der demographischen Entwicklung und der längeren Bezugszeiten von Versorgungsleistungen vor dem Problem ständig steigender Ausgaben. Die Übertragung der Sparmaßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamten- und Soldatenversorgung hat über alle Bereiche hinweg zu einer Absenkung der Ruhegehaltssätze geführt. Die Anhebung der Altersgrenzen für den Eintritt in den Ruhestand führt zu weiteren Einschnitten. Wer im Ruhestand seinen Lebensstandard halten will, kann das mit seinen Versorgungsbezügen allein nicht mehr schaffen. Die entstandenen Lücken müssen mit einer privaten Vorsorge geschlossen werden.

Der Staat unterstützt den Aufbau einer privaten ersetzenden Vorsorge mit hohen Zuschüssen. Dennoch „verschwenken“ viele Beamte Jahr für Jahr Geld. Geld, auf das sie über staatliche Förderprogramme prinzipiell einen Anspruch haben, sofern sie eine entsprechende Vorsorge treffen. Ob aus Unkenntnis, fehlender Information – über die Gründe hierfür lässt sich vielfach nur spekulieren. Nur jeder zweite kennt bisher z. B. die seit Februar 2013 staatlich geförderte private Pflegevorsorge. Auch die attraktiven Zulagen bei der Riester-Rente insbesondere auch die Steuervorteile bei der Basisrente sind nicht selbsterklärend. Viele finanziell sehr lukrative staatliche Hilfen bleiben also regelmäßig ungenutzt.

Es gibt verschiedene Formen der staatlichen Förderung, hier ein Überblick:

Bei der **Pflegezusatzversicherung** handelt es sich um eine private Absicherung des Pflegerisikos, welche durch staatliche Zulagen unterstützt wird. Der Vorteil: eine jährliche Zulage in Höhe von 60 Euro und die steuerliche Absetzbarkeit der Eigenbeiträge.

Die **Riester-Rente** ist eine durch staatliche Zulagen und Sonderausgabenabzugsmöglichkeiten geförderte, privat finanzierte Altersvorsorge. Die Förderung ist abhängig vom Familienstand und der Anzahl der Kinder. Zulagenberechtigten sind auch diejenigen, die selbst keinen Anspruch haben, jedoch mit einer Person verheiratet sind, die die genannten Voraussetzungen erfüllt. Von der staatlichen Förderung werden somit nicht

Debeka

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes

sorgenfrei
im Alter

Steuern sparen

Sicherheit
für meine
Liebsten

die
eigenen
vier
Wände



Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen,
Steuern sparen oder Kapital für eine
Immobilie aufbauen möchten – der Staat
hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist
die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir
zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen
Förderung.

Landesgeschäftsstelle
Hamburg

Holzdam 42
20099 Hamburg
Telefon (0 40) 2 48 21 80
www.debeka.de

anders als andere

Debeka

von 154 Euro und für den Steuerabzug sind 20.000 Euro jährlich, bei zusammenveranlagten Ehegatten 40.000 Euro. Bei Beamten wird dieser Höchstbetrag um einen fiktiven Gesamtrentenversicherungsbeitrag gekürzt. Dieses dient der Gleichbehandlung der Absetzbarkeit mit den Arbeitnehmern. Die Besteuerung erfolgt erst in der Rentenphase, abhängig vom Rentenbeginnjahr. Der Vorteil: In der Rentenphase ist der Steuersatz meist wesentlich geringer als in der aktiven Berufsphase. Mit der **Wohnungsbauprämie** und der **Arbeitnehmer-Sparzulage** bezuschusst der Staat außerdem einen Bausparvertrag oder das Beteiligungssparen. Wer sich im Alter nicht einschränken möchte, sollte frühzeitig für eine bedarfsgerechte Absicherung sorgen. Die Debeka ist seit über 100 Jahren ein kompetenter Ansprechpartner für den öffentlichen Dienst und bietet eine individuelle Beratung. Sie ist bundesweit an 4.500 Orten mit über 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vertreten.

nur sie, sondern auch ihr/e Ehepartner/ in profitieren. Einen besonderen Bonus erhalten alle Berufsanfänger, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die staatliche Förderung erfolgt in Form einer jährlichen Zulage in Höhe

ab dem vollendeten 62. Lebensjahr vor. Die Beiträge der Basisrente lassen sich als Altersvorsorgeaufwendungen von der Steuer absetzen, und zwar schrittweise steigend von 78 % im Jahr 2014 auf 100 % im Jahr 2025. Höchstgrenze



Hamburger Lehrer-Feuerkasse seit 1897



Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: info@h-l-f.de

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel. : 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de